über 30 Leute zeugenschaftlich vernommen, die gesamte Bezirksebene im Freistaat Sachsen, die ehemaligen Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, die Chefs der Bezirksbehörden der deutschen Volkspolizei, die Chefs der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit und noch einige andere. Jetzt sind wir im Augenblick auf der Kreisebene, weil wir dort fündig geworden sind. Die Zeugen, die geladen waren als hauptamtliche Mitarbeiter der Stasi, also die Bezirkschefs und auch z. B. gestern der Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters bei der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, ehemals Karl-Marx-Stadt, haben alle die Aussage verweigert und berufen sich auf einen Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Mai 1990. Es ist sonnenklar, daß die Ausnahmen, die in diesem Beschluß definiert sind, für diese Leute nicht zutreffen, auch für dieses Thema nicht zutreffen. Die Ausnahme ist dort, daß sofern Staatsgeheimnisse angefallen sind, die mit der Verfassung der DDR in Übereinstimmung stehende frühere geheimdienstliche oder nachrichtendienstliche Tätigkeit betreffen. Die vorbereitenden Maßnahmen für Isolierungsobjekte, Isolierungslager, fallen nach unserer Meinung mit Sicherheit nicht darunter. Auch das Amtsgericht Dresden, weiß ich seit gestern, ist unserer Auffassung und hat wohl schon als erstes Ordnungsgeld gegen einen Zeugen verhängt. Die Zeugen sagen, jetzt kommt die Frage und vielleicht auch ein Auftrag an Sie und eine Bitte: Wenn Sie mir ein Papier vorzeigen, auf dem ich von meiner Schweigepflicht entbunden werde, dann werde ich aussagen. Nun haben Sie gefragt, wer soll das sein. Ich bitte Sie als Enquete-Kommission, sich dieses Problems anzunehmen.Ich habe die Hoffnung, daß Sie das mal klären, ansonsten wechselt das immer hin und her zwischen Ordnungsgeld und mißlungener Vernehmung. Und aus welcher Kasse diese Ordnungsgelder bezahlt werden, weiß ich auch nicht.

Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e,V., Hermann Kreutzer: Ich habe drei Fragen an die Mitglieder der Kommission. Die erste Frage lautet: Ist die Kommission auch bereit, mündliche Hinweise, Aussagen etc. auf Disketten und auf Band aufzunehmen oder übernimmt sie nur Aktenmaterial und schriftliche Aufzeichnungen? Ich stelle die Frage deswegen, weil wir vom Kurt-Schuhmacher-Kreis kein Material mehr zur Verfügung haben, wir haben nur noch die geistige Konterbande behalten. Das NKWD hat uns alles weggenommen, wir haben also nichts behalten aus unserer Zeit nach 1945. Aber ich glaube, daß wir für die Kommission ganz interessant sein werden, denn ich denke, daß es nicht mehr viele Menschen gibt in Deutschland, die sowohl gegen die nationalsozialistische Diktatur als auch gegen die kommunistische Diktatur gekämpft haben und von beiden Diktaturen erhebliche Verfolgung erleiden mußten, und ich bin auch überzeugt, daß es nur noch wenige Menschen gibt, die damals nach 1945 in den Landesvorständen politischer Parteien saßen und von daher aktiv gearbeitet haben und natürlich die Entwicklung nach 1945 in der damaligen Zone

überaus besser überblicken konnten als andere, und ich denke auch, daß es nur noch wenige Menschen in Deutschland gibt, die mehrfache persönliche Begegnungen hatten und vor allen Dingen politische Auseinandersetzungen mit Pieck und Ulbricht und Honecker, Rau und Matern usw.

Wir vom Kurt-Schuhmacher-Kreis stellen uns in dieser Beziehung zur Verfügung insbesondere für zwei zeitliche Bereiche. Erstens: Wie wir meinen für den wichtigsten Bereich, von 1945–1949, in dem neben der Schaffung der Grundplanung dieser Diktatur auch die Menschen die erheblichsten Opfer erbringen mußten. Ich nenne nur zwei Zahlen, die das deutlich machen. Es wurden in dieser Zeit damals 180.000 Menschen verhaftet, von denen 70.000 umgekommen sind. Ich glaube, die Zahl sagt alles. Im übrigen muß man sich schon einmal die Frage stellen, wenn jetzt in der Zeitung öfters berichtet wird, daß da und dort wieder Massengräber gefunden wurden. Im übrigen haben wir das natürlich die ganze Zeit gewußt und es auch notiert, aber die Zeitungen haben es nicht gebracht. Aber es hat sich noch niemand gefragt, wieso diese Menschen eigentlich verhaftet wurden. Als die Sowjets hier in die Zone kamen, haben sie doch gar nicht gewußt, wer sind denn nun „Nazis“ und „Kriegsverbrecher“, beides in Anführungsstrichen. Ich möchte die Kommission bei dieser Gelegenheit gleich darauf hinweisen, daß man den Befehlen oder Anweisungen von Walter Ulbricht nachgehen sollte, die wichtig waren, gleich 45, daß nämlich die Kommunistische Partei in allen örtlichen Bereichen Kommissionen zu bilden hatte aus Mitgliedern des M-Apparates, Mitgliedern des ehemaligen RFB, KZ-Opfern und Vorstandsmitgliedern der alten KPD, die systematisch die Bevölkerung durchgekämmt und die Leute gegenüber dem NKWD als „Nazis“ und „Kriegsverbrecher“ deklariert haben. Dabei ging es um die Entbourgeoisierung, es ging nicht um Nazis und Kriegsverbrecher, es ging um die Zerstörung des Bürgertums. Genauso war das mit diesen jungen Leuten, die 14, 15,16-jährig verhaftet wurden und von denen 1000, etwa im Höchstfall 10%, wieder zurückgekommen sind, das waren nämlich junge Hitlerjugend-Führer, Jungvolkerzieher, wie das damals hieß, die alle aus dem Bürgertum kamen, auch das mußte vernichtet werden. Und bei der Gelegenheit wurden auch gleichzeitig Voraussetzungen geschaffen für die Enteignung der Betriebe, denn wer eingesperrt war, war ja Nazi, so einfach war das.

Ich denke aber auch an andere Fragen, wo wir ebenso Hinweise geben könnten, nämlich über die Vereinigung der SPD und KPD. Die Auseinandersetzung darüber wurde vorzugsweise innerhalb der Vorstände der SPD geführt, nicht gegen die KPD, sondern innerhalb der Vorstände, weil eine Mehrzahl der Funktionäre für die Vereinigung war und eine Minderheit dagegen, die Mitgliedschaft wurde eh nicht gefragt. Und ich möchte vor allen Dingen hinweisen auf die dann erfolgte Zerschlagung des sozialdemokratischen Elements. Das werden Sie nicht wissen, daß damals 1948 auf Geheiß von Ulbricht die

sogenannten PPA's eingerichtet wurden, Personalpolitsche Abteilungen als Vorläufer der sogenannten späteren K-Abteilungen, die die ehemaligen Sozialdemokraten innerhalb der SED zu kategorisieren hatten. Erste Kategorie: Mitläufer, zweitens: die, die zu maßregeln waren, die sind dann meistens geflüchtet, und drittens diejenigen, die zur administrativen Behandlung dem NKWD zu übergeben waren. Dorthin gehörten u. a. neben vielen meiner gleichgesinnten Freunde mein Vater, meine Frau und ich. Wir haben im Schnitt damals alle über 7 Jahre gesessen, soweit wir es überlebt haben. Und jetzt komme ich zu einem ganz besonderen Punkt, meine Damen und Herren: Es sind damals etwa 5000 Sozialdemokraten inhaftiert worden, 410 davon sind in Haft umgekommen und 1000 an den Haftfolgen unmittelbar hinterher verstorben. Und ich darf jetzt die Vertreter der Parteien fragen, bis zum heutigen Tage haben die Parteien sich nicht die Mühe gemacht, genau festzustellen, wie viele Opfer sie zu verzeichnen haben, dasselbe gilt auch für den DGB, Gewerkschafter waren auch mit darunter. Das ist nicht geschehen und es wäre Zeit, daß sowohl die Zahlen festgestellt werden derer, die Freiheit und Gesundheit hingegeben haben und die ihr Leben hingegeben haben, und auch die Namen notiert werden. Das wäre eine Aufgabe auch der Enquete-Kommission zusammen mit den Parteien, das bei dieser Gelegenheit festzustellen. Ich glaube, das ist man den Opfern in dieser Beziehung schuldig. Ich denke dabei an meinen Freund Manfred Klein von der CDU, der unter Haftfolgen verstorben ist, unter Mitwirkung von Honecker inhaftiert, und ich denke an Hermann Meißel als Gewerkschafter, der schon 8 Jahre Nazi-KZ hinter sich hatte, und ich denke vor allen Dingen an Arno Esch, der noch 1951 hingerichtet worden ist. Das gehört alles mit in diesen Bereich hinein. Wir würden dann weiterhin uns natürlich auch zur Verfügung stellen, um die Strukturen der politischen Haft in den 40er, 50er und 60er Jahren aufzuhellen, wir wissen sehr gut Bescheid über alle Dinge.

Und dann als dritter Punkt käme dann in Frage auch die Stabilisierung des SED-Regimes von Westen her. Da gibt es einiges, ich will nur ein Beispiel sagen, z. B.: Innerdeutsches Ministerium, dem ich über 15 Jahre angehört habe. In den 70er Jahren wurden Filme von der DDR aufgekauft, und dann hat man im Innerdeutschen Ministerium diese Filme überprüft, ob nicht irgendwelche Positionen drin sind, die hier bei den Zuschauern aus Westdeutschland negative Eindrücke über die DDR entwickeln könnten. Und die wurden rausgeschnitten, das sagt wohl alles zur Stabilisierung.

Ich komme damit zu meiner dritten Frage. Die fällt ein klein wenig aus dem Rahmen, aber vielleicht sind Sie trotzdem in gewisser Weise ein bißchen kompetent dafür. Es geht um unser Mitglied Hermann von Berg, ich brauche ihn Ihnen sicherlich nicht vorzustellen, Professor Hermann von Berg. Und da habe ich die Frage, auch an die Leute von der Humboldt-Universität, warum eigentlich seine Professur nicht erneuert worden ist, warum er nicht

herangezogen worden ist vom Senat. Ich glaube, es sind Fragen, die man stellen muß, ein Mann, der vieles weiß und sicherlich auch ein hervorragender Zuarbeiter für die Kommission sein könnte. Aber in allererster Linie geht es darum: Warum wird er dann nicht wieder herangezogen in seiner alten Universität?

Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller in den IG Medien, Herr Seiler: Ich spreche für die Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller. In dem Rahmen der heute vorgestellten Organisationen ist sie eine Ausnahme, weil es sich hier um ein Gremium handelt, das sowohl aus Kollegen aus Westdeutschland als auch aus Ostdeutschland besteht, und zwar zu gleichen Teilen in der gleichen Größenordnung, je 6, und unsere Aufgabe ist es wohl, die Geschichte der beiden Schriftstellerverbände zu erkunden, aber sie ist jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkt, einen Verband, der aus 3200 Mitgliedern besteht, davon 800 aus der ehemaligen DDR, funktionstüchtig zu machen. Denn bei dem ersten gesamtdeutschen Kongreß in Lübeck im vorigen Jahr stellte sich heraus, daß die Differenzen so groß waren, daß zu befürchten war, daß der Verband auseinanderbricht. Da wurde also von der Basis sozusagen diese Kommission gefordert, und wir versuchen nun nach besten Kräften, etwas für die Zukunft zu tun, indem wir die Vergangenheit kennenlernen. Es hat sich dabei ein Problem ergeben, das vielleicht zu erwarten war, und zwar war der Beschluß so, daß die Kommission sowohl die Geschichte des VS, also des westdeutschen Schriftstellerverbandes, als auch die Geschichte des DDR- Schriftstellerverbandes aufarbeiten soll. Dabei hat sich gezeigt, daß die jeweils andere Seite einfach ahnungslos ist und ziemlich dumm rumsitzt, wenn es um Interna geht. Aber die andere Sache ist die, daß dadurch ein Lernprozeß in Gang gesetzt ist. Ich bedauere sehr, daß wir heute Vormittag nicht die Möglichkeit hatten, uns näher vorzustellen. Ich komme zu meiner Frage: Es ist ja wie ein Kontrapunkt heute vormittag immer wieder die Frage des Geldes aufgeworfen worden, und aus unserer Erfahrung stellt sich das so dar, daß wir mehr damit beschäftigt sind, die Geldquellen zu erforschen als eigentlich unseren Gegenstand, den wir zu erforschen haben. Und ich könnte mir vorstellen, daß es sehr nützlich wäre, wenn es eine Beratungsstelle gäbe, die solche Organisationen wie z. B. auch uns beraten kann, wo Geldgeber zu finden sind, wie die Verfahrensweisen sind, denn das ist also gerade für mich z. B., der ich aus dem Osten komme, ein Hürdenlauf, wo die Hürden einfach zu hoch sind. Das wäre also für uns eine ganz konkrete praktische Hilfe, und ich möchte also diesen Vorschlag Ihnen unterbreiten.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Hans Schwenke: Zunächst eine Bemerkung zu David Gill. Daß im Stasiunterlagengesetz die Anzeigepflicht verankert ist, ist mir wohlbekannt, ebenso wohlbekannt dürfte der Gauck-Behörde und jedermann sein, daß nahezu alle,